

Kritik an „Rente ab 63“ haltlos

Das belegen neueste Zahlen der Renten- und der Arbeitslosenversicherung

Seit einem Jahr gibt es die neue Rente ab 63. Von ihren Kritikern wird sie als teurer Anreiz zur Frühverrentung und in Zeiten des Fachkräftemangels als kontraproduktiv kritisiert. Neueste Zahlen der Renten- und Arbeitslosenversicherung belegen: an der Kritik ist nichts dran. Für die IG Metall ist die Rente ab 63 ein richtiger Schritt, der wieder etwas mehr Leistungsgerechtigkeit ins Rentenrecht bringt und die Unternehmen nicht überfordert.

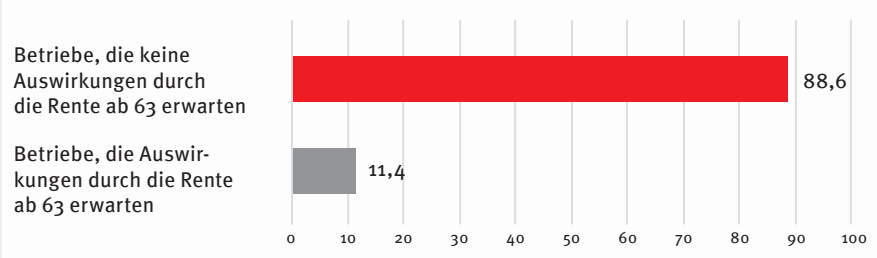
Dauerhafte Lösung schaffen

Seit dem 1. Juli 2014 kann ohne Abschlüsse bereits mit 63 Jahren in Rente gehen, wer 45 und mehr Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung nachweisen kann. Dabei zählen grundsätzlich auch Phasen mit kurzzeitiger Arbeitslosigkeit mit. Allerdings handelt es sich bei der Rente ab 63 nur um eine zeitlich befristete Regelung: Schrittweise soll die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Rente nach jahrzehntelanger Erwerbsarbeit wieder auf 65 Jahre zurückgeführt werden. Die IG Metall hat das deutlich kritisiert und fordert für besonders langjährig Versicherte die unbefristete Beibehaltung der Altersgrenze von 63 Jahren. Auch die jüngeren Generationen müssen auf Dauer von der Rente ab 63 profitieren.

Rente ab 63 ist kein Kostentreiber

Die von Arbeitgebern und Wirtschaftslobbyisten geäußerte Kritik an den angeblich zu hohen Kosten ist unberechtigt: Die Rente ab 63 ist alles andere als ein Kostentreiber. Dass die Rücklage der Rentenkasse schon in Kürze deutlich sinken wird, liegt in erster Linie an der sogenannten Mütterrente. Diese verursacht rund 75% der Gesamtkosten des Rentenpakets und wird systemwidrig überwiegend aus Beitragsmitteln statt aus Steuern finanziert.

Auswirkung der Rente ab 63 auf die Betriebe (in Prozent)



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quelle: eigene Darstellung nach IAB, Aktuelle Berichte 9/2015, Rente mit 63 und betriebliche Reaktionen



Mehr Anträge als Bewilligungen

Bis Ende April 2015 hatten rund 300.000 Beschäftigte einen Antrag auf die Rente ab 63 gestellt. Dies wird von den Gegnern der Neuregelung als Beleg für eine exzessive Nutzung gedeutet. Tatsächlich aber liegt die Zahl der Anträge völlig im Rahmen der ursprünglichen Erwartungen, und zuletzt gingen die Anträge mit jedem Monat sogar zurück. Gleichzeitig zeigen erste Zahlen für das Jahr 2014, dass es eine deutliche Differenz zwischen Anträgen und tatsächlichen Bewilligungen gibt. So lagen der Rentenversicherung bis Ende 2014 etwas mehr als 200.000 Anträge vor. Allerdings wurden bis zu diesem Stichtag lediglich rund 136.000 Renten ab 63 auch tatsächlich bewilligt. Ein Grund dafür ist, dass ein bislang un-

bekannter Teil der Anträge abgelehnt oder direkt in eine vorgezogene Altersrente mit Abschlägen umgewidmet wird.

Keine negativen Effekte am Arbeitsmarkt

Dessen ungeachtet wird die Rente ab 63 von den Arbeitgebern angesichts des Fachkräftemangels als kontraproduktiv gebrandmarkt. Dabei hatte die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Dezember 2014 deutlich gemacht, dass es keinerlei Hinweise auf einen flächendeckenden Fachkräftemangel gebe. Und Mitte Juni 2015 veröffentlichte die BA Daten zur Auswirkung der Rente ab 63 auf den Arbeitsmarkt. Diese Studie wurde von zahllosen Medien aufgegriffen, um über einen angeblich deutlichen Rückgang der

Beschäftigung von Älteren ab 63 Jahre zu berichten. Allerdings wurde dabei in erster Linie die Entwicklung von Juni 2014 bis März 2015 betrachtet, saisonale Effekte, die unterjährig zu Schwankungen führen, blieben außen vor. Auch blieb unberücksichtigt, dass es Veränderungen bei der Zahl der Lebendgeborenen pro Jahrgang gibt. So wurden 1951 und 1952, den Jahrgängen, die jetzt mit der Rente ab 63 aus dem Erwerbsleben ausscheiden, jeweils rund 10.000 Menschen weniger geboren als noch im Jahr 1950. Folglich stehen dem Arbeitsmarkt im Jahr 2015 schon dadurch weniger Menschen ab 63 Jahren zur Verfügung. Dessen ungeachtet kommt die BA zu einem erstaunlichen Ergebnis, das in der medialen Berichterstattung weitgehend ignoriert wurde: Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt fielen geringer aus, als es die Antragszahlen vermuten ließen. Zudem müsse noch der Effekt berücksichtigt werden, dass ein Teil der Anträge auf vorgezogene Rente von der ersten in die zweite Jahreshälfte verschoben wurde. Und letztlich sei völlig unbekannt, wie viele Personen auch ohne die abschlagsfreie Rente ab 63 vorgezogen in Rente gegangen wären. Auf genau diese Punkte hatte die IG Metall in der Vergangenheit mehrfach hingewiesen.

Geringe Folgen für Betriebe

Durch die eigenwillige Interpretation der BA-Studie aber einmal in Schwung, konnten die Kritiker der Rente ab 63 schon wenige Tage später die nächste Attacke reiten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlichte am 23. Juni 2014 unter der Überschrift „Ein Viertel der Betriebe versucht die Mit-

arbeiter zu halten“ eine Studie zu betrieblichen Reaktionen auf die Rente ab 63. Der Tenor: Viele Betriebe werden in den kommenden drei Jahren Auswirkungen der Rente ab 63 zu spüren bekommen. Allerdings zeigen die Zahlen: Fast 90% der befragten Betriebe gehen gerade nicht davon aus, dass durch die Rente ab 63 personalpolitische Maßnahmen erforderlich sein werden. Folglich bezieht sich das knappe Viertel derjenigen, die Beschäftigte mit gezielten Angeboten zum Bleiben bewegen wollen, auch nur auf jene 11,4%, die tatsächlich mit Auswirkungen rechnen. Das bedeutet aber, dass lediglich 2,7% aller Betriebe versuchen wollen, Mitarbeiter zu halten.

Sozialen Fortschritt erkämpfen

Die Beispiele zeigen, dass der Alarmismus der Arbeitgeber wie der Medien völlig fehl am Platz ist. Er folgt einem allzu bekannten Muster: Ob Mindestlohn, Arbeitsschutz oder eben Rente ab 63 – immer formiert sich die Anti-Sozialstaats-Allianz und zieht gegen soziale Errungenschaften ins Feld. Die IG Metall wird hier weiter Gegendruck erzeugen und für sozialen Fortschritt kämpfen. Die Bundesregierung hat nicht zuletzt in der Rentenpolitik einen richtigen Weg eingeschlagen, darf aber jetzt nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Die Antragszahlen bei der Rente ab 63 etwa zeigen den großen Bedarf an sozial abgesicherten Übergängen in den Ruhestand deutlich auf. Daher fordert die IG Metall weitere Übergangsoptionen, insbesondere einen dauerhaften Rentenzugang mit 63 für besonders langjährig Versicherte und eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit. Gleichzeitig sieht die IG



„Im vergangenen Jahr haben rund 136.000 Beschäftigte die Rente ab 63 für einen verdienten Ruhestand ohne Rentenkürzungen genutzt. Das ist gut so. Anlass zu Alarmismus geben die Zahlen nicht. Denn fast 90 Prozent der Betriebe sehen für sich keinen personalpolitischen Handlungsbedarf - wie eine wissenschaftliche Studie belegt hat.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

Metall dringenden Handlungsbedarf bei denjenigen, die gesundheitsbedingt noch früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen: Die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente müssen beseitigt und die Zugangsbedingungen zu dieser Rentenart erleichtert werden.

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Stefanie Janczyk,
Angelika Beier, Katharina Grabietz, Dirk Neumann

Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.